

## **Presseinformation der Stadt Schwentinal und der SPD, CDU, und SWG**

### **Die Feuerwehr gehört in unsere Mitte**

Fakten sind immer noch die besseren Ratgeber

### **Die Stadt Schwentinal lädt am**

**Montag, dem 22. Mai 2017 von 18.30 bis 20.30 Uhr**

**alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Schwentinal zu einer Bürgerversammlung ins Rathaus ein. Dort werden die Planungen zum Bau der Feuerwache und der damit verbundenen Gestaltung der Bahnhofstraße im Ortsteil Raisdorf vorgestellt und diskutiert.**

**Bürgermeister Michael Stremlau: „Der Neubau des Feuerwehrgerätehauses bietet eine große Chance, die Bahnhofstraße neu zu gestalten und attraktiver zu machen. Ich wünsche mir daher eine große Bürgerbeteiligung, damit die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger rechtzeitig in die Planungen mit einfließen können und alle am Ende mit dem Ergebnis zufrieden sind“.**

Gleichzeitig wolle man, so Stremlau weiter, die Veranstaltung nutzen, den in letzter Zeit zu diesem Thema verbreiteten Gerüchten und Falschmitteilungen insbesondere der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der WIR entgegen zu treten.

Die Behauptung, die Entscheidung zum neuen Standort des Feuerwehrgerätehauses in Raisdorf in den politischen Gremien sei nicht rechtmäßig und in der Sache fehlerhaft, sei ebenso ungerechtfertigt, wie die Vorwürfe gegen Bürgermeister und Verwaltung. Dies diene nur der politischen Profilierung einiger weniger.

Deshalb haben sich nun die Bürgervorsteherin Angelika Lange-Hitzbleck, der SPD-Fraktionsvorsitzende und Vorsitzende des Hauptausschusses, Volker Sindt, der Fraktionsvorsitzende der CDU und Vorsitzende des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen und Stadtentwicklung Norbert Scholtis, der Fraktionsvorsitzende der SWG Uwe Bartscher sowie Bürgermeister Michael Stremlau zu einer gemeinsamen Erklärung entschlossen. Damit sollen die Bürgerinnen und Bürger über die Fakten informiert und die Diskussion wieder auf die Sachebene zurückgeholt werden.

### **Zur Vorgeschichte**

Nachdem im Herbst 2013 ein schwerer Sturm das jetzige Feuerwehrgerätehaus schwer beschädigt hatte, wurde im Frühjahr 2014 damit begonnen, über einen Neubau und dafür mögliche Standorte nachzudenken. Seit Mai 2014 wurden die politischen Gremien seitens der Verwaltung laufend über den aktuellen Sachstand informiert. Unter anderem wurde eine umfassende Standortanalyse in Auftrag gegeben und vorgestellt. Auch über die Gespräche der Verwaltung mit öffentlichen und privaten Grundstückseigentümern wurde stets berichtet. Die Beratungen in den verschiedenen Ausschüssen haben dann letztlich zu dem Ergebnis geführt, dass als einzig möglicher Standort für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses nur der jetzige Standort in der Bahnhofstraße in Frage kommt. Nur er steht zu vertretbaren

Bedingungen zur Verfügung und erfüllt zudem die Voraussetzungen der vorgeschriebenen Hilfsfristen.

Entgegen anderslautenden Behauptungen sei klargestellt: Das Grundstück im Dütschfeldredder, obwohl immer wieder als mögliche Standortalternative benannt, stand und steht zu keinem Zeitpunkt zum Verkauf. Dies hat der Eigentümer gegenüber der Verwaltung schriftlich erklärt. Dieses Schreiben liegt allen Stadtvertreterinnen und Stadtvertretern vor.

Die Entscheidung über den Neubaustandort wurde letztlich in der Sitzung der Stadtvertretung am 24.11.2016 mit überwältigender Mehrheit getroffen. Es gab lediglich vier Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Wir.

Hierzu die Vorsitzende der Stadtvertretung, Angelika Lange-Hitzbleck:

„Die gegen mich erhobenen Vorwürfe in der letzten Sitzung der Stadtvertretung einen erneuten Antrag zum Standort des Feuerwehrgerätehauses durch „wahrscheinlich nicht legale Verfahrenstricks“ und „durch ein geschicktes taktisches Manöver“ sowie „möglicherweise formal nicht korrekt“ behandelt zu haben, weise ich entschieden zurück! Ich glaube, die Fraktion Bündnis90/Die Grünen und die WIR haben ein gestörtes Demokratieverständnis. Ein so eindeutiges Abstimmungsergebnis wie das vom November 2016 muss von allen akzeptiert und nicht ständig wieder in Frage gestellt werden. Der ganz überwiegenden Mehrheit der Stadtvertreter Unwissenheit und fehlende Informationen vorzuwerfen, wird von mir wie auch von der Mehrheit der Stadtvertretung entschieden zurückgewiesen.“

Uwe Bartscher, Fraktionsvorsitzender der SWG, hat ebenfalls eine klare Position:

„Die Fraktion der SWG wird sich an weiteren Diskussionen zum Standort des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Ralsdorf nicht beteiligen. Die Entscheidungsgrundlagen haben sich seit dem Zeitpunkt des einstimmig gefassten Beschlusses nicht verändert. Wer anderes behauptet, täuscht die Öffentlichkeit und stellt seine eigene Glaubwürdigkeit in Frage. Grundlage sämtlicher künftiger Bürgerbeteiligungen wird die im November getroffene Entscheidung sein.“

Dazu ergänzt Bürgermeister Strelau: „Nach der verbindlichen Entscheidung über den Standort des Feuerwehrgerätehauses und einem rechtmäßigen Vergabeverfahren hat der beauftragte Architekt mit der Planung begonnen. Der Entwurf, der im Laufe des Monats Mai vorgelegt werden soll, bildet nun die Grundlage für das weitere Vorgehen. Wir werden den Entwurf im Rahmen einer öffentlichen Sitzung vorstellen und diskutieren. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen.“

Und weiter: „Das neue Feuerwehrgerätehaus bildet aber auch den Ausgangspunkt für die weiteren Planungen. Dabei stellt das neue Feuerwehrgerätehaus aus unserer Sicht kein Hindernis, sondern eine Bereicherung für die Bahnhofstraße dar. Die Feuerwehr ist seit 40 Jahren an dem Standort und hat einen Anspruch darauf, weiter an zentraler Stelle sichtbar für alle Bürgerinnen und Bürger wahrgenommen zu werden. Spätestens im Ernstfall sind alle froh darüber, wenn die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr schnell am Einsatzort sind. Die Wertschätzung und der

Respekt vor der Arbeit der Feuerwehr gebieten es, die einstimmig beschlossene Planung nun auch zügig umzusetzen.“

Dr. Norbert Scholtis, Vorsitzender der CDU-Fraktion und des Ausschusses für Stadtentwicklung, Wirtschaft und Finanzen, erinnert noch einmal daran, dass vor ziemlich genau zwei Jahren auf Antrag der CDU Fraktion sich die Stadtvertretung bereits perspektivisch mit der Entwicklung in der Bahnhofstraße befasst hat. „Ziel war und ist es, die Bahnhofstraße auch zukünftig als Standort für ein attraktives, florierendes Wirtschaftsleben und für Begegnungen der Bürgerinnen und Bürger zu sichern und auszubauen. Es sei mehr als befremdlich, wenn nun auf einmal von einigen wenigen, an der Spitze der Handels- und Gewerbevereinsvorsitzende Frank die Feuerwehr an diesem Standort sogar als „schädlich“ bezeichnet werden. Es dränge sich die Frage auf, was will der Vereinsvorsitzende, wie auch der Vertreter der von Bündnis90/Die Grünen erreichen: Unsere Feuerwehr miesmachen? Wessen Interessen werden von diesen Herren eigentlich bedient? Wir allerdings werden uns weiter ausschließlich um die Attraktivität der Bahnhofstraße kümmern, gemeinsam mit unserer Feuerwehr und erwarten von den wenigen Gegnern, dass sie die von der Stadtvertretung bereits im November getroffene Entscheidung respektieren.“

Volker Sindt, Fraktionsvorsitzender der SPD und Vorsitzender des Hauptausschusses fasst seine Stellungnahme wie folgt zusammen:

„Wir dachten, dass solche Zeiten unfairer Beeinflussung der öffentlichen Meinung eigentlich vorbei wären. Es kann nicht angehen, dass eine der wichtigsten gemeindlichen Einrichtungen instrumentalisiert wird, politisches Kapital daraus zu schlagen. Gerüchte und Behauptungen ersetzen nun mal weder Sachverstand noch Entscheidungskompetenz. Grüne, WIR und Teile der HGV-Führung verkennen dabei die Lage vollkommen:

1. Warum sollte sich eine nur im Einsatzfall genutzte Feuerwache negativer auf die Verkehrsbelastung auswirken, als ein Gebäude mit Wohnungen und womöglich stark frequentierten Geschäften?
2. Wenn Bedarf an zusätzlichen Ladenflächen bestehen sollte, warum gibt es denn bereits jetzt Leerstand in der Bahnhofstraße?
3. Parkplätze gibt es schon jetzt reichlich, nur nicht immer vor jedermanns Tür. Neue Stellplätze werden für die Feuerwehrleute geschaffen. Kostenpflichtige Parkplätze sind ohnehin unvermeidlich. Sonst würden sie ganztägig von Pendlern aus dem Umland genutzt, um von hier aus mit der Bahn kostengünstig nach Kiel zu fahren.
4. Ein Feuerwehrgerätehaus steht nicht nur im Mittelpunkt des Interesses verantwortlicher Politik, sondern traditionell auch in der Mitte eines Ortes. Was sollte daran falsch sein und vor allem: Was sollen die Mitglieder der Feuerwehr Ralsdorf von dieser vordergründigen Infragestellung mehrheitlich gefasster Beschlüsse halten, nachdem alles in „trockenen Tüchern“ zu sein schien?“

Die Bürgervorsteherin, die SPD, CDU und SWG sowie der Bürgermeister sind sich aus diesen Gründen einig, am 22.05.2017 eine Bürgerversammlung durchzuführen, um die Planungen vorzustellen sowie Anregungen und Wünsche aufzunehmen.

